Gegen den Strom: Polit-Talent Rimoldi.

Freisinniges Einmann-Erdbeben

Der Luzerner Jungliberale Nicolas A. Rimoldi legt sich mit den Mächtigen in seiner Partei an. Gegen die EU-Anbinder in den eigenen Reihen teilt er munter aus. Auch die EU-Waffenrichtlinie ist ihm ein Gräuel. Wer ist der liberale Rebell aus der Zentralschweiz, der unermüdlich herumtourt? *Von Florian Schwab*

Es ist kalt in Luzern. Trotzdem hat sich am letzten Samstag ein Grüppchen von acht Politikern zusammengefunden, darunter der Luzerner IT-Unternehmer und SVP-Nationalrat Franz Grüter. Sie sammeln Unterschriften für Grüters Volksinitiative, die ein Moratorium beim E-Voting durchsetzen will und damit die Bundeskanzlei auf die Palme bringt.

Bei den Unterschriftensammlern sticht ein junger Mann heraus. Der 24-jährige Jungfreisinnige Nicolas A. Rimoldi überragt Grüter um mehr als einen Kopf. Nach dem Äusseren zu urteilen, könnte er das Klischee des Jungfreisinns hervorragend bedienen: tadellos modisch gekleidet mit einem leichten Hang zum Geschniegelten, den Bart sorgfältig gestutzt, das üppige schwarze Haar in einer gewagten Welle luftig nach hinten frisiert.

Mit tiefer, lauter Stimme und in kernigem Luzerndeutsch geht er auf die Leute zu und kommt fast mit jedem, den er anspricht, ins Gespräch. Das Thema scheint zu bewegen. Und man sieht: Der Mann hat politisches Talent. Obwohl national noch weitgehend unbekannt, ist er seit kurzem Grüters Kampagnenleiter für das E-Voting-Moratorium.

Trotziges Nein

Doch anders, als es auf den ersten Blick scheinen mag, ist der Jungpolitiker – Rimoldi ist Vizepräsident der Luzerner Jungfreisinnigen – alles andere als ein typischer Vertreter seiner Partei. Im zarten Alter von 24 Jahren ist er, im Gegenteil, einer der kontroversesten Charaktere in der freisinnigen Grossfamilie.

Am 6. März löste er ein kleines Erdbeben bei den Luzerner Liberalen aus. Brieflich teilte er seiner Partei mit, dass er nicht länger, wie abgesprochen, für den traditionellen Jungfreisinnigen-Platz auf der Nationalratsliste der FDP zur Verfügung stehe. Grund: Rimoldi ist wütend über den Entscheid der Bundeshausfraktion vom 23. Februar, das Rahmenabkommen mit der EU praktisch bedingungslos zu unterstützen. Deren «Ja aus Vernunft» stellt Rimoldi ein trotziges Nein aus Liebe zur Freiheit entgegen: «Meine Prinzipien», schrieb er, «meine Werte und Überzeugungen erlauben mir nicht, für eine Fraktion zu kandidieren, die diesen bedenklichen Entscheid fällt.»

Es ist nicht der einzige interne Kampf des jungen Politikers. Die freisinnige Wahlniederlage im Kanton Zürich führt er gemeinsam mit anderen Kritikern auf das Umsteuern der Parteispitze in der Klimapolitik zurück. Im Jungfreisinn und auf Social Media setzt er sich

Bild: Screenshot Youtube

gegen die Steuerreform mit AHV-Finanzierung (Staf) ein. Und er bekämpft mit Feuer die Übernahme der EU-Waffenrichtlinie. Die Luzerner Jungfreisinnigen folgten seinen Argumenten gegen die Staf. Unermüdlich reist er in der Schweiz umher, um andere Sektionen zu überzeugen. So ist es ihm gelungen, die typischerweise eher einem staatstragenden Kurs à la Christa Markwalder anhängenden Berner Jungfreisinnigen an deren Mitgliederversammlung zu einer Unterstützung des Referendums gegen die Staf zu bewegen – für jungfreisinnige Massstäbe ein Riesencoup.

Im letzten Dezember gehörte Rimoldi zu den dreizehn Jungfreisinnigen, die in der Zeitschrift *Schweizer Monat* unter dem Titel «Hallo, Dienstmann!» ein vielbeachtetes Schreiben an die FDP richteten. Darin beklagen sie unter anderem den «fehlenden Meinungswettbewerb» in der Partei. Die FDP, so die Autoren, gebe klassisch liberale Prinzipien auf und drohe, zum «politischen Serviceclub» zu verkommen. Parteichefin Petra Gössi zeigte sich «überrascht» von der Kritik dieser «Einzelpersonen». Sie sei für eine «interne Diskussion gern bereit». Anfang Juni will sie sich Zeit für ein Treffen nehmen.

Grossvater floh aus Ungarn

Ein solcher Konfrontationskurs gegen das Partei-Establishment gilt in freisinnigen Kreisen nicht gerade als Dünger für die eigene Karriere. Nicolas A. Rimoldi zuckt mit den Schultern. Er setze sich für seine Überzeugungen ein, «selbst wenn das bedeutet, dass ich niemals in einem Parlament sitzen sollte». Markus Zenklusen, Luzerner FDP-Präsident, sieht Rimoldis Engagement mit gemischten Gefühlen. Einerseits habe er in der Partei schon etliche Aufgaben hervorragend ausgefüllt und dürfe als Jungfreisinniger «auch auf die Pauke hauen». Für seine politische Zukunft müsse der junge Parteikollege aber lernen, «auch einmal fünf gerade sein zu lassen».

Beim Treffen mit der *Weltwoche* erklärt Rimoldi, dass er aufgrund seiner Familiengeschichte ein gutes Sensorium für die Bedrohung der Freiheit und die Einzigartigkeit der Schweiz entwickelt habe: Rimoldis Grossvater mütterlicherseits floh nach dem Aufstand der Ungarn gegen die Sowjetunion 1956 in die Schweiz. «Die Gräuel des Sozialismus sind mir nur zu gut bekannt», so Rimoldi.

Die Schweiz wurde für die Familie zum Zufluchtspunkt und zur «Antithese zum Sozialismus der Nazis und der Sowjetunion». Rimoldi ist überzeugt: «Der Schweiz geht es nicht vor allem dank Banken und Schoggi so gut, sondern dank unseren Freiheitsrechten.» Daher wolle er «einen Beitrag leisten, damit wir unsere Freiheiten nicht verlieren».

Den Abstimmungssonntag vom 19. Mai sieht Rimoldi als Schicksalstag. Die Übernahme der EU-Waffenrichtlinie wäre der «Auftakt zur kompletten Entwaffnung» der Bevölkerung, ist er überzeugt. Bei der Abstimmung zum Schengen-Beitritt 2005 habe der Bundesrat kategorisch ausgeschlossen, dass es in Zukunft zu solchen Verschärfungen des Waffenrechts kommen würde. Und doch stehe man jetzt genau an diesem Punkt. Mit Blick auf seine Familiengeschichte ist Rimoldi überzeugt: «Ein Volk ohne Waffen ist ein kontrollierbares Volk.» Er kritisiert die «Angstmacherkampagne» der Befürworter, die mit einem Ausschluss der Schweiz aus dem Schengen-Raum drohe. Wenn beispielsweise gesagt werde, dass dem Flughafen Zürich die Schliessung drohe, «dann ist das *Chabis* jenseits jeder politischen Vernunft».

Direkt involviert ist Rimoldi bei der Vorlage zur Steuerreform mit AHV-Finanzierung. Er ist Co-Präsident des bürgerlichen Referendumskomitees. Am meisten stört den Jungfreisinnigen nicht, dass mit den zusätzlichen AHV-Beiträgen die Umverteilung von Jung auf Alt angeheizt wird, ohne dass die AHV umfassend saniert wird. «Viel wichtiger ist, dass sich das Parlament mit der Verknüpfung zweier sachfremder Vorlagen einen Affront gegen die direkte Demokratie geleistet hat.» Die freie Willensäusserung an der Urne werde beeinträchtigt, weil die beiden Vorlagen dem Stimmbürger nicht getrennt unterbreitet werden. «Die Staf bricht mit dem Geist der Schweizer Politik, und, was nicht entschuldbar ist, mit unserer Verfassung.»

> «Wenn wir uns jetzt nicht gegen die EU wehren, haben wir für lange Zeit verloren.»

Mittelfristig bedroht sieht Rimoldi die Schweiz auch durch den Rahmenvertrag mit der Europäischen Union und durch E-Voting. Zum institutionellen Abkommen: Dieser sei ein «gewaltiger Bruch mit der Schweizer Demokratietradition». Mit dem jüngsten Entwurf delegiere die Schweiz zu viele Kompetenzen nach Brüssel, bis hin zur Streitbeilegung. «So gesehen, ist das Rahmenabkommen fataler als der EWR.» Anders als die FDP-Fraktion, die den Vertrag mit der EU in seiner aktuellen Form unterschreiben will, wünscht sich Rimoldi vom Bundesrat, «dass er couragiert für die Werte der Schweiz einsteht und diese verteidigt». Wegen kurzfristiger wirtschaftlicher Vorteile dürfe man «unser Erfolgsmodell nicht an die Wand fahren».

Die Europäische Union sieht der Jungfreisinnige als «zentralstaatliches Projekt». Aus der Geschichte wisse man, dass solche Gebilde besonders dann, wenn sich ihr Niedergang beschleunigt, «immer unfreiheitlicher und bedrohlicher» würden. «Wenn wir uns jetzt nicht gegen eine übergriffige EU wehren, dann haben wir für lange Zeit verloren.»

Das Anliegen, dem Rimoldi in den nächsten Jahren am meisten Zeit und Energie widmen wird, ist Grüters Initiative für ein fünfjähriges E-Voting-Moratorium. Auch hier geht es ihm im Kern um die Stabilität der Demokratie. «Wir müssen uns absolut darauf verlassen können, dass Abstimmungen und Wahlen korrekt laufen.» Bei E-Voting sei das bislang nicht gegeben. «Deswegen formiert sich in Informatiker-Kreisen auch der stärkste Widerstand», so Rimoldi. Wie beispielsweise der IT-Skandal Insieme und der Spionagefall bei der Ruag zeige, «verdient die Verwaltung unser Vertrauen in dieser Frage in keiner Weise». Mit E-Voting, so Rimoldi, sei «die Sicherheit unserer Demokratie nicht mehr gewährleistet».

Als ihn Franz Grüter angerufen habe, um zu fragen, ob er die Kampagnenleitung übernehmen wolle, habe er um einen halben Tag Bedenkzeit gebeten. Die Antwort sei dann rasch klar gewesen. «Ich will mir niemals den Vorwurf machen, dann nicht in den Kampf gezogen zu sein, als es wichtig war.»

Initiant Grüter seinerseits ist bislang sehr zufrieden mit dem Engagement Rimoldis. «Er stellt das Thema in den Vordergrund und nicht irgendwelches Parteiengeplänkel.» So habe Rimoldi «wesentlich dazu beigetragen, dass ein derart breites Komitee» von ganz links bis ganz rechts die Initiative mittrage. Aufgefallen sei ihm der Jungpolitiker als einer, der «den Mut hat, gegen den Strom zu schwimmen».

Die Welt verstehen

Gegen den Strom schwamm der 24-Jährige schon im Gymnasium an der Kantonsschule Reussbühl. Ein Jahr vor der Matura mussten alle Schüler einen Sprachaufenthalt machen. Zur Auswahl standen das Tessin oder die Romandie. Doch Rimoldi widersetzte sich. Wenn schon, beschied er seinen Lehrern, bestimme er selbst, wohin die Reise gehe. Seine Wahl fiel auf Ouagadougou in Burkina Faso. Und so kam es: Fünf Wochen lang arbeitete er für ein Kinderhilfswerk und wohnte, ausgerechnet während des Fastenmonats Ramadan, bei einer muslimischen Familie in einer kleinen Hütte mit Wellblechdach. Bei diesem Aufenthalt habe er «bis heute andauernde Freundschaften» geschlossen. «Nur wer die Welt bereist, kann lernen, sie zu verstehen», sagt er dazu. Auch bei seiner Studienwahl liess er sich vom Interesse für Menschen und Kulturen leiten. Rimoldi liebäugelte mit Betriebswirtschaft an der Uni St. Gallen, entschied sich dann aber doch für Geschichte und Ethnologie an der Uni Luzern.

Sein Studium verdient sich Rimoldi mit zahlreichen Stunden an einer Migros-Kasse – ein Job, den er gerne macht, «weil ich mit vielen Menschen zu tun habe». Sein Ziel ist es, sich später beruflich um den Erhalt kultureller Schätze verdient zu machen. Falls daraus nichts werden sollte, «bin ich auch an einer Migros-Kasse weiterhin glücklich». ○